Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 3,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 64 — Donnerstag, den 17. März 1921 — 49. Jahrgang

Reichstag.

(Sitzung vom 16. März.)

Der Haushalt des Ministeriums des Innern wird weiterberaten. Abg. Mumm (D.-Natl.) begründet dabei einen, lediglich als Mißtrauensvotum beabsichtigten Antrag, den Posten für Filmzensur von 500 000 auf 490 000 Mark herabzusetzen. — Abg. Schreiber (Ztr.) wünscht, daß alle zu den Kadettenanstalten gestellten Anträge dem Bildungsausschuß überwiesen werden. Dem stimmt Abg. Löwenstein (...) zwar zu, geht aber doch zu einer Besprechung über. Als er dabei vom Militärheldentum deutschnationaler Oberlehrer spricht, kommt es zu stürmischen Unterbrechungen und Lärmszenen. Abg. Beuermann (D. Vp.) warnt davor, das Gute, das den Kadettenanstalten innewohnt, mit der Wurzel auszurotten. — Staatssekretär Schulz: Der Friedensvertrag verlangt die Aufhebung der Kadettenanstalten, somit bleiben nur der Abbau oder ihre Umgestaltung. — Darauf wird der Antrag Schreiber auf Ueberweisung aller Anträge über die Kadettenanstalten an den Bildungsausschuß einheitlich angenommen. Weiter wird in namentlicher Abstimmung der Antrag Everling auf Vorlage eines Gesetzentwurfes, wonach nicht die Anmeldung zum Religionsunterricht zu erfolgen habe, sondern die Abmeldung vom Religionsunterricht in den Fällen, wo eine Nichtteilnahme gewünscht wird, mit 205 gegen 150 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Der Antrag über die Bildung eines Sparsamkeitsausschusses wird mit der Maßgabe angenommen, daß statt 4 jetzt 8 Mitglieder des Reichsrates an dem Ausschuß teilnehmen sollen, und ebenso eine große Anzahl weiterer Anträge.

Die Summe für künstlerische Zwecke wird auf 5 Millionen erhöht.

Zum Kapitel Reichsgesundheitsamt bemerkt Abg. Dr. Moses (D.), das physische Elend des Volkes infolge des Krieges schreie zum Himmel. Dabei kennen wir noch nicht einmal die Zahl der Opfer des Hungers. Schon vor 2½ Jahren wurde deren Zahl auf 800 000 angegeben, ihre Zahl dürfte also 1—2 Millionen betragen. Mit den Kriegsopfern hat Deutschland also zirka 7 Millionen Menschen verloren. Wir müssen von der Regierung endlich einmal volle Klarheit verlangen über den Umfang der Kriegsopfer. Wir beantragen die Einrichtung eines besonderen Reichsgesundheitsministeriums. — Reichsminister des Innern Koch: Die wirklich unmittelbaren Kriegsverluste sind beim Zentralnachweisbureau zu jeder Zeit zu ersehen. Es ist natürlich außerordentlich schwierig, im übrigen festzustellen, welche Todesfälle mittelbar auf die Kriegsfolgen zurückzuführen sind. Es wird immer vergessen, daß wir kein Einheitsstaat sind, und daß deshalb die ganze Initiative eines Gesundheitswesens bei den Ländern und Gemeinden liegt. Darum hat es auch keinen Zweck, ein Reichsgesundheitsministerium zu schaffen. — Abg. Frau Dransfeld (Zentr.) begründet einen Antrag zur Förderung der psychopathischen Forschung. Ein Regierungsvertreter erklärt, die Regierung werde diesen Anregungen nachkommen. — Abg. Dr. Schreiber (Zentr.) weist auf die Fürsorgetätigkeit des Papstes besonders zugunsten der Kriegsgefangenen hin. Der Antrag Dransfeld wird angenommen. Die Schaffung eines Reichsgesundheitsministeriums wird abgelehnt. Gefordert wird eine Denkschrift über die Unterernährung im Kriege.

Der Antrag auf Errichtung eines Reichsgesundheitsamtes wird abgelehnt und eine Anzahl von Kapiteln des Etats genehmigt.

Beim Kapitel 15 Polizeischutz kritisiert Abg. Berndt (D.-N.) die geringe Zuverlässigkeit der Schutzpolizei, die in der Bestrebung, der Vorgesetzten zum Ausdruck komme, und beschwert sich wegen des Verhaltens der Kieler Schutzpolizei, die an einem sozialdemokratischen Umzuge teilgenommen habe. Schuld trage die parteipolitische Beeinflussung. Wir verlangen entsprechende Maßnahmen gegen die polizeilichen Wirtschaftsverbände desgleichen gegen die sozialdemokratischen Zivilkommissare. Die Polizei muß politisch unparteiisch sein. Bedauerlich sei die politische Durchsetzung der Polizei. In Berlin seien z. B. 5000 Polizeibeamte sozialdemokratisch organisiert. — Minister Dr. Koch: Wenn etwas nicht stimmt, dann soll das Reich gegen die Einzelstaaten vorgehen. Ich kann unmöglich mit der preußischen Regierung in einen Briefwechsel über einzelne Vorkommnisse bei der Polizei eintreten. Zu Ernennung oder Absetzung einzelner Beamten kann ich mich unmöglich einmischen. — Abg. Josef Meyer (Soz.) begründet einen Antrag der rheinisch-westf. Abgeordneten, den Schaden, die anläßlich der Wirren beim Kapp-Putsch entstandenen Kosten der Ortswehren und die Unterbringung der Roten Armee aus Reichsmitteln zu ersetzen. — Abg. Thomas (Komm.): Die Rechte möchte ganz Deutschland unter die bayrische Pickelhaube bringen. — Die Entschließung, die die Vergütung des der westfälischen Gemeinden entstandenen Schadens fordert, wird angenommen.

Es folgt das Kapitel Technische Nothilfe. Abg. Brey (Soz.) bemängelt die Ausgaben für die Technische Nothilfe. Die Nothilfe wird immer nur gegen Arbeiter eingesetzt. Warum fragt man vor ihrem Einsatz nicht die Gewerkschaften? Diese sind selbst bereit, die Notstandsarbeiten zu leisten. — Minister Koch: Ich danke den in der Technischen Nothilfe vereinigten Männern und Frauen, weil sie der Allgemeinheit Werte erhalten haben, die sonst verloren gegangen wären. (Bravo rechts. Lärm links.) Das sind nicht meine Worte, sondern die des unabhängigen sächsischen Ministerpräsidenten Buck. Aehnlich haben sich der badische Minister und der preußische Minister Severing ausgesprochen. Solange es wilde Streiks gibt, können wir die Nothilfe nicht entbehren. Sie muß ausgebaut werden. Die Gewerkschaften versagen ihre Mitarbeit; sie, die es verhindern könnten, daß die Technische Nothilfe in ein reaktionäres Fahrwasser gerät. — Abg. Berndt (D.-N.): Die Linke hat durch Gewalttätigkeiten erst die Voraussetzung für die Technische Nothilfe geschaffen. (Großer Lärm bei den Unabh. und Kommunisten.) In Leverkusen sind für 30 000 Mark Schaden angerichtet worden durch verbrecherische Streikelemente. (Erneuter großer Lärm links, Zuruf bei den Kommunisten: Unverschämter Bursche!) Die Gewerkschaften sorgen ja nicht für die Notstandsarbeiten. Die Regierung muß für politischen Schutz der Nothilfe sorgen. — Abg. Unterleitner (U.): Die Technische Nothilfe ist nur eine organisierte Streikbrecherbande.

Die Sitzung dauert bis in die späten Nachtstunden fort. Donnerstag: Etat des Auswärtigen.

Bedenken gegen die Ausfuhrabgabe in England.

(W) „Morning Post" berichtet, daß eine Liste von Abänderungsanträgen zu der deutschen Reparationsbill von Mitgliedern des Parlaments, die Asquith und der Arbeiterpartei nahestehen, eingereicht worden sind. Wie „Morning Post" weiter meldet, herrscht im Unterhause starker Zweifel, ob die Bill sehr wirksam sein wird. Dem „Daily Herald" zufolge, werde nach Ansicht der englischen Geschäftswelt der Entschädigungsplan Lloyd Georges zum Ruin des englischen Handels führen. Der Widerstand der Geschäftswelt gegen die Bill betr. der 50proz. Ausfuhrabgabe nimmt, dem Blatt zufolge, zu.

Die deutsche Regierung löst die Bonds nicht ein.

Nach einer Mitteilung des Außenhandelsverbandes an die Blätter besteht über die 50prozentige Exportabgabe vorläufig noch Unklarheit. Es dürfe schon jetzt gesagt werden, daß die deutsche Regierung für diese Abgabe voraussichtlich keinerlei Schadenersatzpflicht anerkennen dürfte. Die von englischer und französischer Seite ausgestellten Bonds dürften also weder von deutschen Behörden bar eingelöst noch als Bezahlung für Steuern oder dergleichen angenommen werden.

Die in Bischofswerda und Umgebung betriebene Industrie der Sebnitzer und Neustädter Blumenfabrikanten ist durch die Errichtung der rheinischen Zollgrenze durch die Alliierten und den in Aussicht genommenen 50prozentigen Ausfuhrzoll auf deutsche Waren mit einem Schlage fast gänzlich zum Stillstand gekommen. Die fertige und unfertige verarbeitete Heimarbeit wurde von den Fabrikanten wieder zurückgezogen, da das Exportgeschäft vollständig ruht.

Auch die Neutralen haben Bedenken.

Wie die „Neue Züricher Zeitung" mitteilt, ist im schweizerischen Bundeshause eine Note der englischen Regierung eingetroffen, wonach bei den Fabrikaten aus anderen Ländern die Abgabe nur erhoben wird, wenn die Ware 75 Prozent deutschen Waren- oder Materialwertes besitzt. In einem Leitartikel führt das Blatt dazu aus, daß diese immerhin weitgehende Definition der deutschen Waren hoffentlich verhindern wird, daß der Welt alle wirtschaftlichen Schikanen und Schwierigkeiten der Kriegszeit aufs neue beschert werden. Die Einbringung eines allgemeinen Ursprungszeugniszwanges eröffnet für die Neutralen sehr wenig erfreuliche Aussichten, da diese Maßnahme zweifellos Schwierigkeiten mit sich bringt, die man mit dem Abflauen der Wirtschaftskrise endgültig hinter sich zu haben glaubte.

Eine neue Note wegen der 20 Milliarden

Dem „Journal" zufolge hat der Reparationsausschuß in einer Sitzung, nachdem er schon in mehreren Sitzungen diese Frage geprüft hatte, den Wortlaut der Aufforderungsnote festgesetzt, die an Deutschland gerichtet werden soll, damit dieses seinen Verpflichtungen vor dem 1. Mai nachkommt. Die nach Berlin gerichtete Note fragt außerdem bei der deutschen Regierung an, unter welcher Gestalt sie die Zahlung der 20 Milliarden zu leisten gedenkt.

Zu den Meldungen aus Paris, der Wiederherstellungsausschuß habe beschlossen, an Deutschland noch vor dem 1. Mai eine Aufforderung zur Zahlung der nach seiner Ansicht gemäß Artikel 235 des Friedensvertrags bis dahin zu zahlenden 20 Milliarden Goldmark zu richten, wird dem Wolffschen Bureau von sachkundiger Seite erneut bestätigt, daß die beteiligten deutschen Stellen nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, daß die bisherigen Leistungen Deutschlands 20 Milliarden überschreiten. Selbst wenn das nicht der Fall sein sollte, würde die Folge nur sein können, daß nach § 12 Ziffer 1 der Anlage II zu Artikel 244 des Friedensvertrags die aus diesem Grund nicht eingelösten unverzinslichen Schatzanweisungen in verzinsliche Schatzanweisungen umzutauschen wären.

Keine neue Besprechung zwischen der Entente und Deutschland.

„Petit Parisien" widerspricht der Behauptung eines deutschen Blattes, wonach in der Woche vor Ostern eine neue Besprechung zwischen Alliierten und Deutschen abgehalten werden soll. Laut „Petit Parisien" ist an eine solche Konferenz überhaupt nicht zu denken, da die Alliierten überzeugt sind, daß Deutschland sie doch nicht zufrieden stellen wird.

Amerika als Vermittler?

Im Senat macht sich unter den Führern beider Parteien immer mehr die Ueberzeugung bemerkbar, daß Amerika sich dazu entschließen müsse, bei der Ausführung der Herstellungsmaßnahmen die Rolle des Vermittlers zwischen Deutschland und den Verbandsmächten zu übernehmen. Irgendein Weg müsse entdeckt werden, um dem deutschen Wirtschaftsleben wieder aufzuhelfen, wogegen die bisherige Art der Besetzung nur dazu führe, Handel und Erzeugung immer weiter lahmzulegen. Man sagt sich, alles, was Amerika unternehmen werde, um diese Verständigung zwischen Deutschland und den Verbündeten herbeizuführen, sei nur ein notwendiger Schritt auf dem Wege der von Amerika in erster Linie verfolgten Friedensrichtung. Ferner sei wiederum Amerika ganz allein hierzu in der Lage, da kein anderes Land das hierfür benötigte Vertrauen bei den verbündeten Mächten genieße. Schließlich zwinge auch das eigne Interesse, alles aufzubieten, um Ordnung in die europäischen Verhältnisse zu bringen.

Die neuen Richtlinien der amerikanischen Politik.

(TU) Die Neuyorker Times teilen über die Politik der neuen amerikanischen Regierung folgendes mit: Die drei Hauptpunkte, bezüglich derer eine ganz bestimmte Politik verfolgt werden soll, sind 1. die Mandate, 2. die deutschen Kolonien, 3. die Kabelinsel Yap. Die Regierung Harding steht auf dem Standpunkt, daß der Sieg der Entente nur durch das Eingreifen Amerikas möglich wurde. Die Alliierten hätten zwar durch ihren Sieg gewisse Rechte erworben, das gleiche gelte aber auch für die Vereinigten Staaten. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß Harding die Wiederaufnahme der Besprechungen mit den Alliierten über den Frieden mit Deutschland von der vorherigen Regelung der Yapfrage abhängig machen wird. Harding befindet sich anscheinend in einer sehr günstigen Lage, die es ihm gestatten dürfte, die Rechte und Interessen Amerikas zu wahren.

Eine Kundgebung des rheinischen Provinziallandtags.

Von der Arbeitsgemeinschaft, dem Zentrum und den Mehrheitssozialisten wurde in der Schlußsitzung des rheinischen Provinziallandtages in der Besetzungsfrage folgende Erklärung abgegeben:

„Die Besetzung weiteren deutschen Bodens auf dem rechten Rheinufer, die angekündigte unerträgliche Belastung der deutschen Ausfuhr und insbesondere die Androhung der Errichtung einer Zollgrenze am Rhein haben neues Leid, neue Not und Sorge über das deutsche Volk und vor allem über unsere rheinische Heimat gebracht. Keine dieser Maßnahmen ist auf dem Boden des Rechts gegründet, insbesondere darf die Errichtung einer Zollgrenze für das besetzte Gebiet nach Artikel 270 des Friedensvertrages nur in Erwägung kommen, wenn sie „erforderlich erscheint, um die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung dieses Gebietes zu wahren". Der rheinische Provinziallandtag, die auf Grund des freiesten Wahlrechts der Welt gewählte Vertretung der gesamten Rheinprovinz, erhebt deshalb feierlichen Einspruch gegen die erfolgten und gegen die geplanten Maßnahmen. Die durch die Zollgrenze eingetretene Abschnürung vom deutschen Mutterland wird Wirtschaft und Handel in den Rheinlanden der Vernichtung entgegenführen und so die Wirtschaftskraft des leistungsfähigsten Teiles Deutschlands zu dauernder Unfruchtbarkeit und die arbeitsfreudige werktätige Bevölkerung zur Arbeits- und Brotlosigkeit verurteilen. Die Errichtung der Zollgrenze würde die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung der besetzten Gebiete nicht „bewahren", sondern ihnen im Gegenteil einen vernichtenden Schlag versetzen. Wir können nicht glauben, daß das Rechtsgefühl der Völker solches Unrecht dulden wird. Komme, was kommen mag, wir Rheinländer fühlen uns in Treue einig mit allen deutschen Volksgenossen. Kein Zwang und keine Not, sie mögen noch so schwer und bitter sein, können uns trennen."

Ein Aufruf gegen den Krieg.

Der Avanti veröffentlicht einen Aufruf gegen den Krieg in dem es u. a. heißt:

Der Krieg von gestern, der der letzte sein sollte, bereitet infolge des ungestillten Durstes der Sieger nach Herrschaft und dem Martyrium der Besiegten den Krieg von morgen vor. Der Traum der Revanche wird so, wenigstens dem Augenschein nach, eine Legitimität. Man verschärft und erhitzt die Haßgefühle. Der Nationalismus und der Militarismus gewinnen die Oberhand, und selbst die Proletarier fühlen im Grund ihrer Seelen wieder die kriegerischen Geister erwachen. Der Krieg ist von neuem in der Luft. Er erscheint als unvermeidlich, so viele ihn auch verwünschen und beklagen. Nur in ihm hofft man in wahnsinniger Hoffnung die Lösung des Konflikts. Anderes konnten wir von den ungerechten ... Verträgen nicht erwarten. Die Vertreter des triumphierenden Imperialismus konnten andere Verträge nicht machen. Wie der Triumph des Verbandes uns Versailles geben mußte, so mußte uns Versailles notwendigerweise die Sanktionen von London und das Ultimatum geben. Gegen diese ... Diplomatie des Verbandes gibt es nur ein Mittel: den Aufruf an das Proletariat aller Länder. Die Arbeiter aller Länder ... sind es, die, während die Krise sich verschärft und verstärkt, ihren Schrei nach Sammlung und Kampf ertönen lassen müssen. Arbeiter Frankreichs und Deutschlands, Oesterreichs und Italiens und aller übrigen Länder, erheben wir über die blutbefleckten Grenzen hinweg um unsers Lebens und der Zukunft unserer künftigen Generationen, um des sozialen Friedens und des Rechts der Arbeit willen unsern Protest, fassen wir den festen Beschluß, in diesen Augenblicken wiedererstarkten Kriegsgeistes den Vertrag unserer heiligen Allianz gegen alle kapitalistischen Oligarchien zu erneuern! Gegen den Versailler Frieden, gegen den Raubkrieg, heute, morgen und immer. Den Heeren dieser Herren weder einen Soldaten noch Soldat!

Das Scheitern der Einheitsfront in Preußen.

(TU) Das von der deutschnationalen Landtagsfraktion in Preußen an alle nichtsozialistischen Parteien gerichtete Schreiben, in welchem sie eine nationale Einheitsfront zur Herstellung eines bürgerlichen Blockes fordert, hat, wie das Berl. Tagebl. hört, die demokratische Landtagsfraktion wie folgt beantwortet: Auch wir sind der Ueberzeugung, daß aus innen- wie außenpolitischen Gründen die Bildung der neuen preußischen Regierung auf der Grundlage der nationalen Einheitsfront das Gebot der Stunde wäre. Dieses Ziel ist aber zur Zeit nicht zu erreichen. Durch die Verwirklichung Ihrer Vorschläge würden wir diesem Ziel nicht nur nicht näher kommen, sondern uns von ihm entfernen.

Treugelöbnis der oberschlesischen Großgrundbesitzer.

Der oberschlesische Großgrundbesitz veröffentlicht in den oberschlesischen Blättern folgende Erklärung: In der Schicksalsstunde unserer Heimat drängt es uns, unsere Treue zum angestammten Vaterlande erneut vor aller Welt zu bekunden. Oberschlesien, durch Jahrhunderte lange Bande mit dem Deutschen Reiche auf das innigste verknüpft, hat unter seinem Schutz und Schirm sich zu seiner heutigen kulturellen Blüte entwickelt. Dankbar und treu stehen wir weiter zu Deutschland in der Gewißheit, daß es, mögen noch so schwere Stürme über das Reich dahinbrausen, Oberschlesien nur bei Deutschland im gegenseitigen Verstehen und gemeinsamer Arbeit einer glücklichen Zukunft entgegengeht.

Heilige Kämpfe zwischen Kronstadt und Petersburg.

(TU) Aus Moskau wird gemeldet, daß die Aufruhrbewegung sich in ganz Rußland ausbreitet. Der Kampf zwischen Kronstadt und Petersburg hat in den letzten Tagen einen sehr heftigen Charakter angenommen. Die Verwundeten der bolschewistischen Truppen werden bis nach Moskau gebracht. Die Räteregierung machte den mißglückten Versuch, Artillerieoffiziere von Moskau nach Petersburg zu kommandieren. Die Truppen verweigern den Gehorsam und lehnen es ab, an den Operationen gegen Kronstadt teilzunehmen. Nach weiteren Meldungen breitet sich auch die Aufruhrbewegung in Weißrußland immer mehr aus. Die aufrührerischen Bauern haben durch meuternde bolschewistische Truppen bedeutende Verstärkungen erhalten. Zwischen den Aufrührern und den Bolschewisten finden sehr heftige Kämpfe statt. Die Bolschewisten sind auf Minsk zurückgedrängt worden, dessen Fall jeden Tag erwartet werden kann. Ein Vertreter des amerikanischen Roten Kreuzes hat Kronstadt besucht und ist nach Libau zurückgekehrt, wo er den Zeitungen mitteilte, daß in der Festung die beste Ordnung herrsche. Die gesamte Bevölkerung nehme an der Arbeit teil.

Nach einer Depesche aus Hangoe (Finnland) wird der Kampf zwischen Kronstadt und Krasnaja Gorka mit Geschützen geführt. Flüchtlinge bestätigen, daß das Geschützfeuer Kronstadts schon der roten Festung sehr großen Schaden zugefügt habe. Das geht auch aus einem aufgefangenen Funkspruch Grabskis an den Moskauer Kriegsrat hervor, in dem von zahlreichen Toten gesprochen wird. Trotzki macht große Anstrengungen, den Widerstand Kronstadts zu brechen. Im Raume von Oranienbaum, südlich von Kronstadt, hat er 40 000 Mann versammelt, mit denen er den Generalangriff unternehmen will. Der erste Angriff des 2. Sowjetregiments ist abgewiesen worden. Die roten Truppen hatten große Verluste. Eine Revaler Meldung will wissen, daß Trotzki 25 unzuverlässige Kommissare wegen Verrats habe erschießen lassen. Nach den finnischen Berichten sind 5000 rote Soldaten zu den Aufständischen in Kronstadt übergegangen. Es steht fest, daß Kronstadt auch Mangel an Munition und nicht nur an Proviant leidet. Man hofft jedoch, über Schweden Lebensmittel zugeführt zu bekommen.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 17. März. **(Verschiedenes.)** Für alle Schulen in Orten mit höheren Schulen beginnen die diesjährigen Osterferien am Mittwoch, den 23. März, der Unterricht wird am Mittwoch, den 13. April, wieder aufgenommen; für die Landschulen beginnen die Ferien am gleichen Tage, doch wird der Unterricht bereits am Samstag, den 9. April, wieder aufgenommen.

(Der Wert der Mark.) Es waren zu zahlen:

für:	am 15. März	am 1. März	am 15. Februar
Holland 100 Fl.	2173 Mk.	2125 Mk.	2025 Mk.
Schweden 100 Kr.	1431 „	1362 „	1334 „
Schweiz 100 Fr.	1073 „	1023 „	985 „
Frankreich 100 Fr.	448 „	442 „	433 „
England 1 Pfd. St.	246 „	237 „	232 „
Amerika 1 Dollar	63,10 „	61,00 „	59,90 „

(Vor dem Kriege war der Kurs in Holland 168 Mk., in Schweden 112 Mk., in der Schweiz und Frankreich 80 Mk. für je 100, in England 20,43 und in Amerika 4,20 für je 1 der betr. Landeswährung. — Den tiefsten Stand hatte die deutsche Mark am 27. Januar 1920 erreicht, an welchem Tage in Holland 4200, in Schweden 2000, in der Schweiz 1800 Mark für je 100 Gulden bezw. Kronen oder Franken, in England 350,65 für 1 Pfd. St. und in Amerika 103,65 für 1 Dollar bezahlt werden mußten. Am höchsten stand die Mark nach langem Tiefstand am 26. Mai 1920 in Holland 1200, Schweden 720, und Schweiz 625.)

*

Zum Schiedsspruch über die Bergarbeiterforderungen.

(TU) Zu dem Schiedsspruch, den der Schlichtungsausschuß unter dem Vorsitz des Professors Ernst Frank bezüglich der Forderungen der Bergarbeiter im Ruhrgebiet gefällt hat, wird folgendes mitgeteilt: Es sollen wöchentlich vier einzelne Ueberstunden gemacht werden unter der Voraussetzung, daß spätestens bis zum 15. April ein Gesetzentwurf bei den gesetzgebenden Körperschaften eingebracht wird, der die Arbeitszeit von 7 Stunden endgültig festsetzt. Die Ueberstunden sollen also nur eine Uebergangsmaßnahme sein. Der Lohnaufschlag von 100 Prozent soll aufrecht erhalten werden. Dabei wird die Goldmarkprämie der Entente als unerläßlich bezeichnet. Der Schiedsspruch soll bis zum 15. Mai gelten und eine 14tägige Kündigung soll zulässig sein. Der Schiedsspruch ist bereits von der christlichen und der polnischen Gewerkschaft angenommen worden. Dagegen hat der Alte Bergarbeiterverband und der Hirsch-Dunckersche Gewerkverein ihn abgelehnt. Jedoch dürfte die Ablehnung nicht endgültig sein, da dem Arbeitsministerium die Ablehnung offiziell noch nicht mitgeteilt worden ist.

* *

Die 23. Generalversammlung des alten Bergarbeiterverbandes findet am 29. Mai in Gießen statt. Auf der Tagesordnung stehen 13 Punkte, darunter Arbeitsgemeinschaften, die Sozialisierungsfrage im Bergbau und die Sozialpolitik im neuen Bergbau. Die Wahl der Delegierten erfolgt am Sonntag, den 10. April.

Das Evgl. Diakonissenhaus in Witten arbeitet seit über 30 Jahren vornehmlich im Industriebezirk der Provinz Westfalen. Es zählt eine Schwesternschaft von ca. 600 Schwestern, die in Kranken-, Waisen- und Pflegehäusern, in Stadt- und Landgemeinden, in Kleinkinder- und Handarbeitsschulen ihre Kräfte einsetzen, nicht zum wenigsten für die werktätige Bevölkerung. Zu den bestehenden Arbeitsfeldern treten immer wieder neue Aufgaben und Arbeitszweige an das Mutterhaus heran. Infolge der finanziellen Lage ist die Notlage des Hauses groß, die Reservefonds sind aufgebraucht, sodaß man mit Sorge in die Zukunft sieht. Ein dringendes Bedürfnis ist der Bau eines Feierabendhauses, das den vielen Schwestern, die länger als 30 Jahre ihre Kräfte im Dienste der Gemeinde verbraucht haben, den wohlverdienten Feierabend gewähren soll. — Soll das Werk der dienenden Liebe in demselben Umfang wie bisher aufrecht erhalten werden, so bedarf es eines Doppelten, einmal der Zuführung von geeigneten Kräften, die sich dem Schwesternberuf widmen wollen, und zweitens der tatkräftigen Unterstützung seitens der Gemeinden und industriellen Werke durch Geldmittel. Für letzteres ist dem Haus eine Kirchensammlung bewilligt worden.

*

Die Heranziehung von Kontokurrentzinsen zur Kapitalertragsteuer.

Nach § 5 Abs. 1 des Kapitalertragsteuergesetzes dürfen Schuldzinsen vom steuerbaren Kapitalertrag nicht abgezogen werden. Bei der eigenartigen Gestaltung des Kontokurrentverhältnisses wird man jedoch, vorbehaltlich einer anderweitigen Auffassung der Finanzgerichte, bei einem Kontokurrent im Sinne des § 355 des Handelsgesetzbuches nur den Zinssaldo als steuerbaren Kapitalertrag ansehen dürfen. Die Voraussetzungen hierfür sind jedoch folgende:

1. Es muß sich um ein reines Zinsenkontokurrent handeln. Die Aufnahme von Kapitalforderungen und Kapitalschulden in das Kontokurrent ist unzulässig.
2. Da es sich bei den einzelnen Gutschriften nur um Rechnungsposten handelt, dürfen Zinsen, die an sich nicht steuerpflichtig sein dürfen, nicht ausgeschaltet werden. Es dürfen daher gesetzliche Zinsen auch dann nicht aus dem Kontokurrent ausgeschieden werden, wenn die Fälligkeit der Forderung noch nicht länger als sechs Monate, oder, soweit es sich um Ansprüche der in den §§ 196, 197 des Bürgerlichen Gesetzbuches bezeichneten handelt, noch nicht länger als zwei Jahre zurückliegt.
3. Der Abschluß des Kontokurrents muß in regelmäßig wiederkehrenden Zeitabschnitten, mindestens halbjährlich, erfolgen. Der Abschluß zu einem beliebigen Zeitpunkt ist unzulässig, es sei denn, daß er wegen Beendigung des Kontokurrentverhältnisses vorgenommen wird. Wird nach Beendigung des Kontokurrentverhältnisses von denselben Parteien alsbald ein neues Kontokurrentverhältnis begründet, so wird zu prüfen sein, ob die Aufgabe des alten und die Begründung des neuen Kontokurrentverhältnisses sich nicht als Mißbrauch im Sinne des § 5 der Reichsabgabenordnung darstellt.
4. Eine Aufrechnung der einzelnen Saldi bei verschiedenen Konten (auch derselben Parteien) ist unzulässig.

Es wird darauf hingewiesen, daß bei Abführung der Kapitalertragsteuer durch den Zinsschuldner einzugehen ist, daß es sich um einen aus Kontokurrentverhältnis stammenden Zinssaldo handelt.

*

Barmer Bank-Verein Hünsberg, Fischer & Comp. Ueber die Aufsichtsratssitzung vom 10. März 1921 ist noch folgendes nachzutragen: Es wurde in ihr der Abschluß für 1920 vorgelegt und dabei hingewiesen auf die namhafte Steigerung aller Ziffern, die als Ausdruck der das deutsche Wirtschaftsleben in verhängnisvoller Weise beeinflussenden Inflation und der daraus folgenden Geldentwertung, die das Bild der Wertziffern gegen früher völlig umgestaltet hat, zu beurteilen ist. Die im Geschäftsjahr 1920 abgerechneten Gewinne betragen: an Gebühren 42 201 803 Mark (im Vorjahr 14 550 793 Mark), an Zinsen 66 207 047 Mark (i. V. 17 550 083 Mark), auf Wertpapiere 5 271 590 Mark (i. V. 776 754 Mark), insgesamt 113 680 440 Mark (i. V. 32 877 630 Mark). Hiervon gehen ab: Verwaltungskosten 63 641 582 Mark (i. V. 13 653 769 Mark), Steuern und öffentliche Lasten 9 633 438 Mark (i. V. 4 654 414 Mark), Abschreibungen und Rückstellungen 871 224 Mark (i. V. 318 359 Mark), insgesamt 74 146 244 Mark (i. V. 18 626 533 Mark). Nach Abzug dieser Posten bleibt einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahre von 183 998 Mark (i. V. 381 757 Mark) ein Reingewinn von 39 718 194 Mark (i. V. 14 632 753 Mark). Der Aufsichtsrat hat beschlossen, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Generalversammlung den Gewinn in folgender Weise zu verwenden: 10% Dividende auf 150 000 000 15 000 000 (i. V. 8½% auf 100 000 000 Mark 8 500 000 Mark) Zuweisung zur außerordentlichen Rücklage 6 344 992 Mark (i. V. 202 371 Mark), Tantiemen, Belohnungen 17 676 048 Mark (i. V. 5 746 385 Mark), Neuer Vortrag 697 154 Mark (i. V. 183 998 Mark), insgesamt 39 718 194 Mark (i. V. 14 632 754 Mark).

(Geschworenen-Auslosung.) Die vierte diesjährige Tagung des Schwurgerichts Dortmund beginnt am 11. April. Den Vorsitz wird Herr Landgerichtsdirektor Claaßen führen. Als Geschworene wurden aus unserem Bezirk ausgelost: Kaufmann Karl Fluhmei in Lünen, Fabrikbesitzer Albert Dörnen in Kirchderne, Steiger Gustav Schuhmacher in Bergkamen, Landwirt Heinrich Sudhaus in Rottum, Gemeindevorsteher Hermann Schlotjunker in Rünthe, Landwirt Leopold Lippmann in Rünthe, Betriebsführer Emil Gärtner in Rünthe und Postverwalter Theodor Arnold in Kurl.

(Ueberfahren.) Ein taubstummer Arbeiter aus Kamen, der sich am 12. ds. Mts., abends gegen 9 Uhr, auf dem Wege von seiner Wohnung zu seiner Arbeitsstelle, der Zeche Königsborn in Heeren, befand, wurde auf der Kamenerstraße, unweit des Heerener Friedhofes, von einem unbeleuchteten Fuhrwerk überfahren und erheblich verletzt, sodaß seine Ueberführung in das hiesige Krankenhaus erforderlich wurde.

Heeren-Werve, 17. März. **(Diebstahl.)** Einem hiesigen Wirt wurde in einem unbewachten Augenblick aus seinen Geschäftsräumen ein Tisch gestohlen.

! **Hagen**, 11. März. **(Schwere Folgen eines Scherzes.)** In der Eckeseherstraße werden die wegen der Erbreiterung der Straße herausgerissenen Steine am Straßenrande aufgestapelt. Um Unglücksfälle zu vermeiden, werden diese Stellen bei Eintritt der Dunkelheit beleuchtet. Die Laternen wurden nun in der vorigen Woche von einigen jungen Mädchen „zum Scherz" ausgelöscht; ein Mann kam dadurch zu Fall und brach ein Bein. Die Stadt wurde für die Kosten haftbar gemacht. Jetzt ist es gelungen, die Uebeltäterinnen festzunehmen, als sie wieder die Laternen in ihrer übermütigen Laune auslöschen wollten. Sie werden sich jetzt wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten haben und ihre Eltern werden für die Krankenhauskosten des verunglückten Mannes aufkommen müssen.

! **Gevelsberg**, 16. März. **Die leidliche Unsitte des Flämmens** hat an der Volmarsteinerstraße wieder ein Opfer gefordert. Das 5jährige Töchterchen der Familie E. Engelhardt sah zu, wie Jungens bei dem Flämmen das Feuer weitertrugen, kam dem Feuer zu nahe und stand im Augenblick in hellen Flammen. Ehe Hilfe herbeigerufen werden konnte, waren die Brandwunden derartig schwer, daß das Kind in der Nacht im Krankenhaus, wohin man es gebracht hatte, verschied.

(h) **Herne**, 16. März. **Ein Unfall mit tödlichem Ausgang** trug sich im unterirdischen Grubenbetrieb der Zeche Shamrock, Schachtanlage 3-4, zu. Der Bergmann Frz. Meißner von Eickel wurde beim Hochklettern in einem Streckpfeiler von plötzlich sich freimachenden Gesteinsmassen getroffen und unter diesen begraben. Der Verunglückte war verheiratet und hinterläßt Frau mit drei noch unmündigen Kindern.

(g) **Recklinghausen**, 16. März. **Die Kriminalpolizei** scheint einem schweren Verbrechen auf die Spur gekommen zu sein. Eine 19jährige Verkäuferin Elise B., war bis Ende August v. Js. bei ihrem Stiefvater, dem Kaufmann H., Bochumerstraße 130, in Recklinghausen-Süd tätig und wurde dann nach Ilmenau in Thüringen abgemeldet, wo ihre Verwandten wohnten. Dort ist sie aber nicht angekommen. Der Stiefvater verheiratete sich inzwischen und verlegte sein Geschäft in ein anderes Haus an der genannten Straße. Einige Tage nach dem Verschwinden der B. zeigte sich das Abflußrohr im Hause Bochumerstraße 130 verstopft, die Ursache der Verstopfung waren mehrere Fleischstücke ohne Knochen. Diese wurden im Garten verscharrt. Jetzt wurde in der Wohnung des Stiefvaters eine Haussuchung abgehalten, bei der eine Menge der dem jungen Mädchen gehörenden Kleidungsstücke gefunden wurde. Dieser Umstand und ferner, daß der Mann sich um das Verbleiben der Stieftochter nicht im geringsten gekümmert hatte, haben jetzt zu seiner Festnahme geführt; er wurde unter dem dringenden Verdacht, seine Stieftochter beseitigt zu haben, dem Untersuchungsgefängnis zugeführt. Er leugnet allerdings die Tat entschieden. Die Fleischteile wurden wieder ausgegraben, und zur näheren Untersuchung dem Professor Dr. Jürgens in Berlin zugesandt.

(g) **Münster**, 16. März. **Dr. Caspelle** hat einen ehrenvollen Ruf an die Universität Breslau erhalten und wird ihm Folge leisten. Wie sehr wir ihm und der Breslauer Hochschule dazu Glück wünschen, ebenso sehr müssen wir es bedauern, daß der rührige und erfolgreiche Vorkämpfer für die westfälische Heimatsache unserer Provinz verloren geht; er wird schwer zu ersetzen sein.

(g) **Münster**, 16. März. **30 000 Mark Lohngelder verschwunden** sind am Donnerstag auf dem städtischen Lohnbüro, in dem auf den von den einzelnen Betrieben eingereichten Lohnlisten die Lohntüten für die einzelnen Betriebe fertig gemacht wurden. An dem Betrag, der am Mittwoch abend für stimmend befunden wurde, fehlten Donnerstag morgen rund 30 000 Mark. Man nimmt an, daß die Summe gestohlen ist. („Münst. Anz.")

? **Greven**, 11. März. **Einen dummen Scherz**, der leicht schlimme Folgen haben konnte, leisteten sich zwei Dienstmädchen in der Bauerschaft Herbern. Beide schwärzten sich das Gesicht, während ein Mädchen noch Männerkleidung anzog. Dann begaben sie sich abends zu dem Landwirt K., um zu betteln, anscheinend um ihn in Schrecken zu versetzen. Der Schäferhund schlug an. An der Tür erschien der Landwirt, seine Flinte schußbereit in der Hand. Ehe es jedoch zum Gebrauch der Waffe kam, gaben sich die Mädchen zu erkennen.

(g) **Clarholz**, 11. März. **(Im Tode wieder vereint.)** Auf dem Kolonate Böcker-Stegmann (Ueberems), hart an der Gemeindegrenze Clarholz-Harsewinkel, lebten zwei unverheiratete Brüder im Alter von 81 bezw. 77 Jahren. Der jüngere starb nach kurzer Krankheit und wurde am letzten Freitag beerdigt, woran auch noch der ältere Bruder teilnahm. Eigentlich sei es, so äußerte er sich, nicht recht, daß ihm sein jüngerer Bruder in die Ewigkeit vorangehe. Am Samstag morgen verrichtete er noch seine alltäglichen Arbeiten. Er wurde dann von einem starken Schüttelfrost befallen und starb dann am Nachmittag des genannten Tages. Im Leben vereint, im Tode nicht getrennt, ruhen sie nun auf dem Friedhofe in Harsewinkel nebeneinander.

? **Emden**, 11. März. **(Verhaftete Dieb und Schieber.)** Der hiesigen Kriminalpolizei ist es gelungen, in Norden sechs Diebe bezw. Schieber festzunehmen. Die Polizei hatte erfahren, daß hier durch einen Mann Funkenapparate zum Kauf angeboten wurden. Sie ging auf den Kauf ein und fuhr mit dem Mann nach Norden, wo die Apparate zum Verkauf gelangen sollten. Durch zwei weitere Leute, die die eigentlichen Verkäufer waren, wurde ein Apparat alsbald an Ort und Stelle gebracht, der Kaufpreis auf 60 000 Mark festgesetzt und der Verkauf abgeschlossen. Der Kriminalist stellte einen Scheck auf die Norder Bank aus und begab sich mit den beiden Verkäufern zur Abholung des Geldes nach Norden. Anstatt der Bank den Scheck zu übergeben, zog der Beamte einen Revolver aus der Tasche und

---

„Immer daran denken und nicht davon sprechen."

Von Irmgard Höfer Sommer.

„Immer daran denken und nicht davon sprechen", —
Einst kommt der Tag, da auch die andern zerbrechen!

— — — — — — — — — — — —

Und wenn Jahrzehnte des Hungers verschleichen,
Wenn sie Steine und Schande statt Brot uns reichen,
Wenn im Völkerbunde mit christlichem Hoffen
Man grinsend die Tore zu Gräbern hält offen,
Wenn sie Schiffe und Häfen und deutsche Erde
Verschachern an gierige, lauernde Herde,
Wenn das Hemd sie uns reißen von unsern Knochen,
Wenn als Bettler wir darben durch tausend Wochen,
Wenn sie glauben, nun muß das Blut sich verfärben
Wächsern und kraftlos in Enkeln und Erben,
Wenn sie endlich jubelnd die Hände erheben:
„Wir löschten siebzig Millionen das Leben!"
Wenn sie schwören auf unser Zusammenbrechen:
„Immer daran denken und nicht davon sprechen!"

— — — — — — — — — — — —

Noch bleibt zum Atmen deutsche Luft,
Zum Säen deutsche Erde,
Noch ist nicht jeder Mann ein Schuft,
Noch gibt's ein täglich Werde!
Was unsern Vätern heilig war,
Schwertglauben, deutsche Treue,
Das tötet keiner Feinde Schar
Und keine falsche Reue.
Was deutsch ist, kann nie untergehn,
Verwässern nicht, noch brechen;
Wenn wir jetzt knirschend stille stehn,
„Dran denken und nicht davon sprechen!"

Der stille See.

Roman von H. Courts-Mahler.

Nachdruck verboten.

11. Fortsetzung.

In diesem Augenblick ertönte draußen die Vorsaalklingel. Hilde hob lauschend den Kopf.

„Das wird Hans Rochus sein, Mama. Du läßt mich wohl eine Weile mit ihm allein, damit ich ihm meine Verlobung schonend beibringen kann."

Die Generalin nickte. Gleich darauf meldete das Mädchen Graf Rochsberg. Hans Rochus trat ein und küßte den beiden Damen zur Begrüßung die Hand. Er erkundigte sich nach ihrem Befinden und ließ seine Augen dabei nicht von Hildes liebreizendem Gesicht. Sie erschien ihm schöner und holdseliger denn je.

Die Generalin klopfte ihm mütterlich auf die Schultern.

„Wie steht es um Rochsberg, Hans Rochus? Hast du mit Davenport konferiert?"

„Ja, gnädigste Tante" — er nannte die Generalin immer so, obwohl der Verwandtschaftsgrad ein ziemlich weitläufiger war, — „ich habe völlige Klarheit über meine Verhältnisse. Rochsberg ist bereits stark überschuldet."

Die beiden Damen sahen ihn erschrocken an.

„So schlimm steht es?" fragte die Generalin, ihn mitleidig betrachtend. „Was willst du nun tun?"

Hans Rochus hätte nun, um die Besorgnis zu zerstreuen, sofort von seiner Verlobung mit Ruth Davenport berichten können, aber es war ihm in diesem Augenblick nicht möglich. Hildes Augen sahen ihn so teilnehmend und zärtlich an, daß er alles andere vergaß. Die Sorge, ihr einen Schmerz zufügen zu müssen, drückte ihn schwer.

„Ich bin noch nicht mit mir zu Rate gegangen", antwortete er ausweichend.

„Du nimmst doch den Tee mit uns, Hans Rochus?"

„Gern, gnädige Tante."

„Dann entschuldigt mich einen Augenblick. Wir können ja nachher noch über deine Angelegenheit sprechen", erwiderte sie und ging hinaus, einen kurzen Seitenblick mit Hilde tauschend.

Diese sah nach der Uhr. In einer halben Stunde würde Kracht kommen, bis dahin mußte Hans Rochus vorbereitet sein. Hans Rochus war froh, daß ihn die Generalin mit Hilde allein ließ. Er zog ihre Hand an die Lippen und sah ihr tief in die Augen.

„Hilde, liebe Hilde!"

Sie erwiderte seinen Blick und seufzte.

„Armer Hans Rochus, es wird Zeit, daß du dich nach einer reichen Frau umsiehst", sagte sie leise.

Er sah ihr mit brennenden Augen ins Gesicht.

„Wenn ich es täte, Hilde? Was würdest du dann tun?"

Sie legte die Hände in den Schoß.

„Vernünftig sein, Hans Rochus. Sieh mal, die Tändelei zwischen uns muß ohnedies aufhören. Du mußt eine reiche Frau heiraten, ich einen reichen Mann, das ist uns doch klar gewesen, nicht?"

„Bisher hatte ich daran nicht gedacht", sagte er gedrückt. Obwohl er hätte froh sein müssen, daß sie so ruhig und vernünftig war, tat ihm diese verständige Auslegung weh.

„Aber die Kinderei muß doch mal ein Ende nehmen", sagte sie halb im Scherz.

Er sah sie groß und betroffen an.

„Hast du das, was wir füreinander empfanden, als Kinderei und Tändelei angesehen?" fragte er ernst.

Sie lachte leicht und fuhr ihm mit der Hand über das Haar.

„Als was denn sonst, Hans Rochus? So einen kleinen verwandtschaftlichen Flirt, der schon in den Kindertagen seinen Anfang nimmt, den nimmt man doch nicht ernst."

Er war bleich geworden und preßte die Lippen aufeinander. Seine Blicke heiteten sich forschend in ihre schimmernden Augen, die ihn sonst immer so zärtlich und betörend angesehen hatten. Jetzt schienen sie ihm kalt und fremd zu blicken.

„Ich habe dich sehr lieb, Hilde", stieß er rauh hervor.

Sie lächelte.

„Ja doch, Hans Rochus, ich dich auch. Das ist uns ja kein Geheimnis. Aber nun müssen wir doch vernünftig sein. Und ich habe damit den Anfang gemacht. Du sollst es von mir hören, daß ich mich gestern verlobt habe."

Er fuhr zurück, als habe er einen Schlag ins Gesicht bekommen.

„Du — dich verlobt?"

Er sah wie durch einen Schleier auf das reizende Geschöpf, das sich in ihrer eleganten Robe wie ein Kätzchen in den Sessel schmiegte. Da hatte er sich gesorgt und gebangt, wie er schonungslos seine eigene, von der Not gebotene Verlobung mitteilen sollte. Das Herz hatte ihm weh getan, weil er an ihre Liebe zu ihm geglaubt. Ihre Augen hatten es ihm so oft und deutlich verraten. Sein Gefühl für sie hatte sich erst an diesem lockenden zärtlichen Feuer in ihren Augen entflammt. Weil er glaubte, daß sie ihn liebte, wurde auch seine Leidenschaft für sie geweckt. Er hatte gefürchtet, sie durch die Mitteilung seiner Verlobung aufs tiefste zu verwunden und sich auf eine Szene mit Tränen, Seufzern und Klagen gefaßt gemacht. Tausend Trostworte hatte er für sie in Bereitschaft gehabt und es als das schmerzlichste von allem empfunden, daß er ihr weh tun mußte. Und nun sprach sie, noch ehe sie seine Verlobung erfuhr, kühl und verständig von Tändeleien und Kindereien, mit denen sie fertig war, und teilte ihm mit, daß sie sich verlobt hatte. Ein bitteres Gefühl stieg in ihm empor. Jetzt erst fühlte er, wie lieb er sie gehabt hatte, und wie schwer es ihm werden würde, sie aufzugeben. Es war ihm jetzt nicht möglich, ihr von Ruth zu sprechen. Es eilte ja nun auch nicht mehr. Was lag daran, ob sie es einige Tage früher oder später erfuhr? Er richtete sich auf, sie sollte nicht sehen, wie tief es ihn getroffen.

„Die Nachricht ist allerdings sehr — sehr überraschend. Darf ich fragen, wer der Glückliche ist?" fragte er steif.

Sie faßte seine Hand.

„Nicht so, Hans Rochus. Du darfst mir nicht böse sein. Wir bleiben gute Freunde, nicht wahr? Es hilft doch nun mal nichts. Und uns bleibt doch die Erinnerung an eine schöne selige Zeit."

Sie sah ihn wieder in der alten zärtlichen Weise an. Zum erstenmal schien ihm die Zärtlichkeit falsch und gemacht, ihr Lächeln konventionell und gezwungen. Waren das dieselben Augen, die ihm ein so heißes Glücksgefühl in das Herz gezaubert hatten, war es dasselbe Lächeln, das ihn so unwiderstehlich angezogen hatte? Er fuhr sich über die Augen, als wolle er etwas fortwischen.

„Verzeih, ich bin ein wenig außer Fassung geraten. Laß dich dadurch nicht stören. Natürlich bleiben wir gut Freund. Mit wem hast du dich verlobt?" sagte er, bemüht, ruhig zu erscheinen. Schließlich hatte er ja kein Recht, ihr Vorwürfe zu machen. War er nicht auch an eine angebunden? Er konnte im Grunde froh sein, daß alles so gekommen war.

Aber trotz dieser vernünftigen Betrachtungen war ihm zumute, als hätte er etwas verloren.

Hilde war froh, daß er es so ruhig hinnahm. Sie faßte seine Hand.

„Erst sag mir, daß du nicht mehr böse bist."

„Nein, ich bin nicht böse", erwiderte er, gab aber ihre Hand ohne Druck frei.

Sie merkte es und warf den Kopf trotzig zurück.

„Ich habe mich mit Kracht verlobt", sagte sie.

Er sah vor sich nieder.

„So — mit Kracht. — Dann kann ich dir gratulieren. Er ist nicht nur enorm reich, sondern auch ein selten guter und liebenswürdiger Mensch. Nimm meinen Glückwunsch entgegen."

(Fortsetzung folgt.)

erklärte die verdutzten Männer für verhaftet. Während der Nacht wurden noch drei Helfershelfer hinter Schloß und Riegel gebracht. Die Funkenapparate sind natürlich gestohlenes Heeresgut.

** **Köln**, 12. März. (**Der Leverkusener Streik.**) Die Nachrichtenstelle der Farbenfabriken vorm. Bayer u. Co., Leverkusen, sendet der Presse folgende Mitteilung: Der Zentral-Schlichtungsausschuß hatte in seiner Sitzung vom 25. Februar den Schiedsspruch des Kölner Bezirks-Schlichtungsausschusses vom 4. Februar bestätigt. Der am 29. Januar ausgebrochene Streik der gesamten Belegschaft war somit als ein schwerer Tarifbruch bezeichnet. Die Fabrikleitung hat daraufhin am 26. Februar die Arbeiterschaft aufgefordert, sich zur Arbeit zu melden, was zum weitaus größten Teil erfolgte. Nur die Bleiöfter erschwerten die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit durch Sonderforderungen, die sie aber schließlich auf legalem Wege vorzubringen beschlossen. Am 4. März eröffnete die Fabrik den Betrieb mit dem größten Teil der früheren Belegschaft, trotzdem durch die Handlungsweise der Arbeiter die Oleumfabrik, der Lebensnerv des Werkes, zerstört und dadurch die Beschäftigung eines großen Teils der Belegschaft mit produktiver Arbeit für Monate hinaus unmöglich gemacht worden war. Fast fünf Wochen hat dieser wilde Streik gedauert und großes Elend über viele Familien gebracht. Durch planmäßige Verhetzung irregeführt, hat sich ein großer Teil der Arbeiter zur Teilnahme an der Bewegung verleiten lassen, die keinerlei Erfolg haben konnte, weil sie die Belegschaft von vornherein ins Unrecht setzte. Fast fünfwöchiger Lohnausfall war die Folge. Das dem alten Arbeitsvertrag innewohnende Recht auf Urlaubsanrechnung auf die Dienstzeit ist durch die Neueinstellung verloren gegangen. Nur Nachteile bringt also der Arbeiterschaft, daß sie der Aufforderung rechtmäßiger auf Vertretung ihrer Interessen bedachter Führer ablehnte und ihr Schicksal in die Hände gewissenloser Elemente legte.

180 Milliarden Goldmark Wiederherstellungskosten.

Bei der Reichsregierung ist nunmehr eine Zusammenstellung der Schadenanmeldungen der feindlichen Staaten eingegangen. Die Anmeldungen sind von den einzelnen Staaten größtenteils in ihrer Valuta oder in Franken erfolgt, sodaß die Gesamtsumme nicht mit absoluter Genauigkeit im Augenblick errechnet werden kann. Jedenfalls steht aber soviel fest, daß die Feinde von uns an Wiederherstellungskosten auf Grund dieser ihrer Zusammenstellung die phantastische Summe von rund 180 Milliarden Goldmark verlangen. Dabei handelt es sich ausschließlich um Forderungen auf Grund des Art. 233 des Friedensvertrages; der Art. 234, wonach unsere Leistungsfähigkeit berücksichtigt und der deutschen Regierung billig Gehör gewährt werden soll, ist nicht berücksichtigt. Ein Teil der angemeldeten Schäden ist überhaupt noch nicht einmal durch die Wiederherstellungskommission überprüft worden. Die Unterlagen sind bei all diesen Dokumenten von der Gegenseite mit einer unglaublichen Leichtfertigkeit aufgestellt worden.

Weitere Zahlungsaufforderung an Deutschland.

(W) Wie der Petit Parisien mitteilt, hat sich die Reparationskommission Mittwoch in Paris versammelt, um Deutschland aufzufordern, den Artikel 235 des Friedensvertrages auszuführen, d. h. den Rest der Summe zu begleichen, die nach Ansicht der Kommission noch nicht bezahlt wurde. Es handelt sich hier um 20 Milliarden Goldmark. Bekanntlich hat Deutschland nach seiner Ansicht für 21 Milliarden seit dem Waffenstillstand an die Alliierten geliefert, die alliierten Regierungen jedoch behaupten, daß nur eine Summe von 8 Milliarden erreicht wurde. Die Reparationskommission wird ferner gemäß Artikel 233 spätestens am 1. Mai Deutschland den Gesamtbetrag der Schulden mitteilen, deren Ersatz der Vertrag vorschreibt. Das Blatt fügt hinzu, dieser Betrag sei notwendigerweise höher als die Summe, die das Abkommen von Paris festgesetzt habe, mit anderen Worten, so sagt Petit Parisien, wenn Deutschland auf seiner Ablehnung verharrt, so würde es die Alliierten zwingen, die lückenlose Ausführung des Vertrages zu verlangen.

Die Vorlage über die Verkaufsabgabe.

Der engl. Schatzkanzler eröffnete die zweite Lesung der Vorlage über die Verkaufsabgabe mit einer Brandrede auf Deutschland, dem die Einigkeit des Verbandes gezeigt werden müsse. Es habe sich auf der Konferenz anmaßend benommen und nicht nur viele einzelne Verstöße gegen den Friedensvertrag begangen, sondern mit der Erörterung der Schuldfrage, über die der Verband doch überreichlich Gewißheit habe, die ganze Grundlage des Vertrags in Frage gestellt. Solche Gesinnung lasse kein Verhandeln zu, sondern nur die Anwendung von Gewalt, die jetzt militärisch und wirtschaftlich angewandt werde. Die Vorlage werde mehr einbringen, als Englands Anteil an der Entschädigung betrage und wenn Deutschland nicht nachgebe, werde eine Blockade wirken. Lloyd George teilte mit, die nicht auf der Konferenz vertretenen Verbandsstaaten seien drahtlich wegen Einführung einer gleichen Gesetzgebung gefragt worden; bisher seien noch keine Antworten eingegangen.

Annahme der 50%igen Ausfuhrabgabe im englischen Unterhaus.

(TU) Das englische Unterhaus hat den Gesetzentwurf betr. den 50%igen Preisabzug auf eingeführte deutsche Waren zwecks Einführung der Kriegsentschädigungen angenommen. Aus neutralen Ländern eingeführte Waren sollen von diesem Preisabzug frei bleiben, so weit sie nicht mehr als 75 von Hundert der deutschen Erzeugnisse betragen.

Lloyd George gegen einen Vormarsch nach Berlin.

(TU) Auf den Antrag Bottemleys im englischen Unterhause, nach Berlin zu marschieren, um Deutschland zur Anerkennung der Pariser Beschlüsse zu zwingen, erwiderte Lloyd George in einer längeren Rede, in der er den politischen Gegner scharf abwehrte und fragte, ob Bottemley sich wohl überlegt habe, wieviele Soldaten dazu gehörten, um die Verbindungslinien zu decken und wie lange die Soldaten in Berlin bleiben sollten. Außerdem habe Bottemley wohl die Kosten des Unternehmens nicht berechnet, denn, daß die englischen Soldaten sich nicht mit einer Bezahlung in Papiermark begnügen würden, sei klar. Die deutsche Reparation könne nur in Arbeit oder in Barleistungen bezahlt werden. Eine andere Möglichkeit könne er, der Premierminister, sich nicht denken. Auf einen Einwand Asquiths, der sagte, daß der Export von deutschen Büchern und Noten unter dem Gesetz über die deutsche Ausfuhrabgabe leiden würde, erwiderte Lloyd George, man brauche nicht zu befürchten, daß in England die deutsche Musik zu kurz kommen würde. Artikel 5 des Gesetzes ermögliche genug deutsche Musik einzuführen. Man brauche auch keine Furcht zu haben, daß Deutschland seine Waren nach Amerika anstatt nach England senden würde, denn Amerika würde eine solche Mehreinfuhr nicht aufnehmen. Das Gesetz würde die Wirkung haben, daß es den deutschen Import vom englischen Markt ausschließe, ausgenommen solche Waren, die England brauchen könne.

Der Kampf um den Oberbefehl.

Ueber den Streit zwischen den Generalen der Alliierten, wer den Oberbefehl über die neuen Besatzungstruppen im Ruhrgebiet haben solle, wird jetzt, wo sich die Sache nicht mehr ableugnen läßt, von maßgebender Seite in Brüssel die folgende Erklärung gegeben: Der belgische Generalchabschef hatte in London mit Marschall Foch ausgemacht, daß der belgische General Borain den Oberbefehl führen sollte. Als der französische General Degoutte das hörte, protestierte er heftig bei seinem Vorgesetzten, dem General Nicquoi. Er verlangte, daß sämtliche neuen Operationen von französischen Generalen geleitet werden sollten. Darauf sandte die belgische Regierung den Kriegsminister nach London, — ein Schritt, worüber damals großes Aufsehen herrschte. Foch ließ sich leicht überreden und telegraphierte an Degoutte, daß man sich an die Abmachungen von London halten müßte. Degoutte antwortete, daß er in diesem Fall die französischen Truppen aus Duisburg-Ruhrort zurückziehen werde, damit sie nicht unter das Kommando eines Belgiers träten. Um Frieden zu stiften, reist der Chef des belgischen Stabes am Mittwoch in das neubesetzte Gebiet. Er hofft, daß man die Belgier damit zufriedenstellen kann, daß sie allein die Besetzung von Duisburg und Ruhrort haben sollen, aber vorläufig weht noch die französische Flagge allein in beiden Städten.

Hinrichtung von 6 Sinnfeinern.

Am vergangenen Sonntag hatte Lloyd George noch eine Unzahl von Gesuchen um Begnadigung der sechs Sinnfeiner erhalten, welche am Montag morgen hingerichtet werden sollten. Die Hinrichtung fand aber trotzdem statt. Die Blätter veröffentlichen jetzt eine ausführliche Beschreibung jener Szenen, welche sich in Dublin am Montag morgen zur Zeit der Hinrichtung abgespielt haben und die sehr eindrucksvoll gewesen sein müssen. Alle Straßen, welche nach dem Gefängnis führten, waren schon seit Sonnenaufgang mit Menschen überfüllt, meistens Frauen und junge Leute, welche von weither kamen. Aus allen Teilen Irlands war man herbeigeeilt, um wenigstens in den letzten Stunden den Verurteilten nahe zu sein. Ueberall hörte man das Gemurmel von Gebeten. Einige Zeit vor der Hinrichtung herrschte vollständige Stille. Priester beteten laut den Rosenkranz, worauf die Menge antwortete. Als die Stunde der Hinrichtung geschlagen hatte, herrschte tiefe Stille. Dann wurden republikanische Volkslieder gesungen. Viele Frauen trugen brennende Kerzen. An verschiedenen Stellen wurden Kreuze hoch über die Menge gehalten.

Neue Unruhen in Dublin.

Der Gemeinderat von Dublin hat eine Entschließung angenommen, welche Bewunderung für die hingerichteten Sinnfeiner ausspricht. Der Bürgermeister sagte in der Rede, in welcher er die Entschließung begründete, daß zwei der Hingerichteten absolut unschuldig waren und die anderen jedenfalls nur geringe Strafen verdient hätten. Montag abend kam es in Dublin zu Unruhen, wobei auch die Polizei herangezogen wurde. Drei Polizisten wurden getötet und fünf verwundet.

Die Sowjetregierung in kritischer Lage.

(TU) „Daily Expreß" meldet aus Riga: Die Schwarzemeerflotte ist zu den Meuterern übergegangen und hat die roten Kommissare über Bord geworfen. Die Kaspische Meer-Flotte ist in den Händen der Revolutionäre. In Petersburg ist der größte Teil der Rotgardisten entwaffnet. Man hat ihnen die Schuhe weggenommen, um ihnen das Verlassen der Kasernen und den Anschluß an die Revolutionäre unmöglich zu machen.

Nach zuverlässigen Nachrichten der „Politiken" aus Moskau ist die Lage dort für die Sowjetregierung äußerst kritisch. Die Stadt hat nur noch geringe Lebensmittelvorräte. Der Generalstreik hält an. Die Lage in Kronstadt scheint nach neueren Nachrichten nicht so günstig zu sein, wie sie die Kronstädter darstellen. Allem Anschein nach leidet Kronstadt ebenfalls unter Lebensmittelknappheit. Die Kronstädter Aufrührer rechnen darauf, daß die Aufruhrbewegung in Südrußland ihnen zu Hilfe kommen soll, den Sturz der Sowjetregierung herbeizuführen. Aus den sich überstürzenden Meldungen geht klar hervor, daß die Sowjetregierung um ihr Dasein kämpft. Unzweifelhaft genießen die russischen Gegenrevolutionäre die Unterstützung der Entente, zum mindesten Frankreichs. Es scheint, als ob die Gegenrevolution jetzt besser organisiert ist als bei den früheren Versuchen.

Die Stellungnahme zu den Vorgängen in Rußland.

Der englisch-russische Handelsvertrag ist nach Meinung des Daily Herald von seinem Abschluß noch weit entfernt. Die englische Regierung wolle noch einen Monat vergehen lassen in der Hoffnung, daß irgendein Ereignis eintreten werde. Briand habe Lloyd George gebeten, das Abkommen nicht vor dem Monat Mai zu unterzeichnen. Hierbei beschuldigt das Blatt die französische Regierung, den Kronstädter Revolutionären finanzielle Hilfe geleistet zu haben. Der Aufstand von Kronstadt sei zu dem Zweck organisiert worden, um den Abschluß des englisch-russischen Vertrags zu hintertreiben und es so den Bankiers möglich zu machen, mit russischen Wertpapieren zu spekulieren.

Bayern gegen die Reichsregierung.

(W) Im bayerischen Landtag warnte Ministerpräsident von Kahr bei der Frage der Einwohnerwehr und des Entwaffnungsgesetzes vor den sich im Reich geltend machenden Tendenzen, die Axt an die innere Verwaltung der Einzelstaaten zu legen. Das würde nur die Schwächung des Reichsgedankens zur Folge haben. Die wichtigste Aufgabe sei und bleibe die Wiederaufrichtung der Staatsautorität. Den Ausnahmezustand in Bayern halte die Regierung nach wie vor für notwendig. Die Einwohnerwehr bilde die Abwehr gegen Trennungsabsichten und habe keinen militärischen Charakter. Die bolschewistische Gefahr bestehe noch unverändert. Von der Einwohnerwehr sei jede Politik fernzuhalten. Die Londoner Verhandlungen ergäben den Eindruck, daß die Einwohnerwehrfrage gegenüber der Reparationsfrage von untergeordneter Bedeutung sei. Durch das Vorgehen der Reichsregierung sei die bayerische Regierung vollständig überrascht worden und sie habe dagegen entschiedenen Einspruch erhoben. Die Staatsregierung würde unverantwortlich handeln, wenn sie den Schutzdamm vorzeitig einreißen würde. Wenn die Gegner auf die militärische Bedrohung durch die Einwohnerwehr hinweisen, so ist das nur ein Vorwand, und wenn sie die Auflösung verlangen, so geschieht das nur wegen des Aufbauwertes, der in der Einwohnerwehr liegt. Wir sollen als Volk und als Staat am Boden liegen bleiben. Wie würde die Geschichte über ein Geschlecht urteilen, das den Willen, das Staatswohl zu behaupten, nicht bestätigt? Ich kann bei den gegenwärtigen Verhältnissen die Auflösung unserer Einwohnerwehr weder billigen, noch jene verurteilen, die sich nicht entwaffnen lassen wollen. Die Zukunft Deutschlands hängt allein von der Kraft seines Willens ob, sich zu behaupten. Ich aber wünsche, daß wir trotz aller Meinungsverschiedenheiten uns doch über den Weg, der zum Ziele führt, zusammenfinden können.

Kein Zwischenfall in Oberschlesien.

(W) Von der Zentralstelle für die technische Durchführung der Volksabstimmung in Oberschlesien wird mitgeteilt, daß bis 14. 3., abends, die Transportbewegung völlig normal und ohne Zwischenfälle verlief. Die Abstimmungsberechtigten wurden Sonntag vom Oberpräsidenten von Niederschlesien und Montag vom Oberpräsidenten von Oberschlesien begrüßt. Dabei kam es zu machtvollen Kundgebungen für das Deutschtum.

Die polnische oberschlesische Grenzzeitung meldet, daß vor einigen Tagen auf den Straßen in Beuthen 4 deutsche Reichswehrsoldaten in voller Uniform gesehen worden seien, die mit einem Emigrantenzug angekommen sein sollten. Der Reichskontrolleur habe die Militär- und Zivilbehörden ersucht, die Personen zu verhaften. Nach einer amtlichen oberschlesischen Meldung ist jetzt festgestellt worden, daß die Nachricht aus der Luft gegriffen ist.

Die Abstimmung der Beamten, die stimmberechtigt und am 20. 3. mit Rücksicht auf dienstuende Abhaltungen nicht abstimmen können, ist gestern bereits vor sich gegangen. Sie wies eine überaus große Beteiligung auf und verlief ohne jeden Zwischenfall.

Die Nachricht über einen beabsichtigten polnischen Einmarsch in Oberschlesien wird von zuständiger Stelle für ein durchsichtiges polnisches Manöver gehalten, das darauf hinzielt, die Deutschen zu provozieren.

Weitere Nachrichten.

— **Der Hauptausschuß** des Reichstages genehmigte den Etat des Wehrministeriums. Dabei wurden von den 25 Millionen für den Bau eines kleinen Kreuzers 15 Millionen gestrichen, weil der erste Teilbetrag von den 25 Millionen infolge der späten Bewilligung noch nicht ausgegeben ist. Bei der Beratung des Etats des Ernährungsministeriums teilte Ernährungsminister Dr. Hermes mit, daß vorläufig an einen Abbau der Verbilligungsaktion für Brotgetreide nicht gedacht werde. Dieser könne nur vorsichtig nach und nach und planvoll geschehen. Daß der vom Reiche zur Schweinemast ausgegebene Mais weiter veräußert würde, wurde von Regierungsseite bestritten. Auch dieser Etat wurde genehmigt, ebenso der Haushaltsplan für 1921, des Reichsministeriums (Gesamtministerium), des Reichskanzlers, der Reichskanzlei, des Rechnungshofes, der Reichsschuld, des Reichsfinanzministeriums, der allgemeinen Finanzverwaltung und der Haushaltsplan zur Ausführung des Friedensvertrages.

— **(Starker Rückgang der Bevölkerung in Frankreich.)** In Frankreich wurde nach einem Zeitraum von zehn Jahren nunmehr wieder eine allgemeine Volkszählung vorgenommen. Nach allgemeiner Berechnung dürfte sich trotz der Einverleibung Elsaß-Lothringens ein Rückgang der gesamten Bevölkerung um mindestens zwei Millionen ergeben, besonders in den vorwiegend Ackerbau treibenden Teilen des Landes. Diese Abnahme der Bevölkerung wird auch eine politische Folge haben, da die Zahl der Deputierten nach dem Wahlgesetz von 1918 in Zukunft nach der gesamten Einwohnerzahl der Departements berechnet wird ohne Rücksicht auf die bisherige Selbständigkeit der Arrondissements.

— **(Oberleutnant Hiller vor dem Schwurgericht.)** Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III Berlin begann die neue Verhandlung gegen den Oberleutnant Hiller wegen der Vorkommnisse in den Karpathen, wobei der Kriegsfreiwillige Helmhake gestorben ist. Der Prozeß, der bereits ein Kriegsgericht, ein Oberkriegsgericht und ein Reichsmilitärgericht beschäftigte, war Mitte Februar wegen Ausbleibens des Zeugen Kreisarzt Dr. Nowack vertagt worden. Bei Beginn der neuen Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, daß Nowack wegen seines damaligen Ausbleibens kein Verschulden treffe.

— **(Südslawische Deutschenhetze.)** Die serbische Regierung hat die in den slowenischen Teilen des Staates ansässigen Bewohner deutscher Sprache mit einer Reihe von Gewaltmaßregeln verfolgt. So ist gegen eine große Anzahl von Deutschösterreichern und Reichsdeutschen, die es versäumt haben, rechtzeitig die Zuerkennung des Heimatrechts nachzusuchen, teils unmittelbar die Ausweisung erfolgt, teils sind sie durch amtliche Verfügung über ihre Wohnungen zur Auswanderung gezwungen. Einer Reihe von deutschsprechenden Gastwirten ist die Ausübung ihres Gewerbes untersagt worden, den deutschsprechenden Industriellen Gewerbetreibenden, in Krain und Untersteiermark, die nicht serbischer Nationalität sind, werden überall Schwierigkeiten bereitet. Ferner verfügte die Regierung die Schließung der letzten deutschen Schulen.

— **(Lohnherabsetzungen im amerikanischen Eisenbahnwesen.)** Ein Neuyorker Blatt kündigt große Lohnherabsetzungen in allen Zweigen des amerikanischen Eisenbahnwesens an. Dadurch werden 43 000 Personen getroffen. Durch diese Lohnkürzung werden auf den amerikanischen Eisenbahnen große Ersparnisse erzielt; sie belaufen sich schätzungsweise auf 650 Millionen Dollar.

— **Deutsche Kriegsschiffe als amerikanische Zielscheiben.** Die amerikanischen Kongreßausschüsse für Armee und Marine haben beschlossen, daß Versuche, Kriegsschiffe durch Flugzeuge bombardieren zu lassen, unternommen werden sollen. Die Versuche werden zunächst an neun ehemaligen deutschen Einheiten gemacht, und zwar an einem Dreadnought, dem leichten Kreuzer „Frankfurt", drei Zerstörern und vier Unterseebooten. Die Versuche sollen zwischen dem 1. Juni und dem 15. Juli stattfinden. Wenn diese Schiffe nicht infolge des Bombardements durch die Flugzeuge sinken, wird ein Geschützfeuer gegen sie eröffnet, das sie zum Sinken bringt.

Sensationelle Enthüllungen des Hauptmanns von Kessel.

(TU) **Berlin**, 16. März. In dem Prozeß, der gestern vor dem außerordentlichen Schwurgericht des Landgerichts I Berlin gegen den Hauptmann von Kessel wegen Meineides, begangen in dem Strafverfahren gegen den früheren Oberleutnant Marloh, begann, machte der Angeklagte von Kessel bei seiner Vernehmung Aufsehen erregende Mitteilungen, indem er schwere Beschuldigungen gegen den früheren Reichswehrminister Noske, den Ersten Staatsanwalt Weißmann und den früheren Polizeipräsidenten Ernst erhob. Von dem Verteidiger von Kessels, Rechtsanwalt Dr. Alsberg, wurde darauf hingewiesen, daß der von Kessel eingereichte Tatbericht über die Erschießung der 29 Matrosen in der Französischen Straße der Wahrheit erheblich näher komme als der unter Mitwirkung des Ersten Staatsanwalts Weißmann angefertigte Bericht. Mit dem von Kessel eingereichten Bericht wäre keine Einstellung des Verfahrens zu erreichen gewesen, wohl aber mit dem vom Ersten Staatsanwalt überreichten. Der Angeklagte von Kessel erklärte, Hauptmann Pabst habe ihm wiederholt gesagt, ein Marloh-Prozeß in dieser Situation sei unmöglich. Pabst habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß er auch mit Noske darüber gesprochen hätte, daß der Marloh-Prozeß nicht stattfinden dürfe. Er (von Kessel) habe nicht daran gezweifelt, daß Noske derselben Ansicht gewesen sei. Ferner habe der Erste Staatsanwalt Weißmann zu ihm gesagt, den Prozeß erlebe er im Leben nicht. Als der Artikel in der Freiheit „Gute Zeiten für Mörder" erschien, habe Weißmann gesagt: Der Marloh-Prozeß läßt sich jetzt nicht mehr vermeiden. Er (Kessel) sei der Auffassung gewesen, daß die Stellen sich miteinander besprochen hätten und volle Einmütigkeit bestand. Der Angeklagte sagte weiter, es habe sich nur um eine Verschiebung des Prozesses auf kurze Zeit gehandelt.

Kleine Nachrichten.

Die interalliierte Rheinlandskommission verlängerte die Zensur für Telegramm- und Telephonverkehr um 8 Tage.

Große Arbeitslosendemonstrationen fanden gestern nachmittag vor dem Gebäude des Thüringischen Landtages in Weimar statt. Es waren Arbeitslose aus dem ganzen Lande nach Weimar gekommen. Die Lage wurde schließlich so bedrohlich, daß die Regierung Polizei aus allen Städten in Autos nach Weimar kommen ließ.

Nach einer Blättermeldung aus Halle werden in einer Statistik des Amtsblattes der Eisenbahndirektion Erfurt im Jahre 1920 11956 Diebstähle festgestellt. Von den Dieben und Hehlern wurden 895 ermittelt, davon 106 Beamte, 360 Arbeiter und 429 Privatpersonen.

Nach einer Londoner Meldung des „Petit Parisien" wird der Privatsekretär Lloyd Georges, Philipp Kerr, seinen Posten verlassen. Als Grund wird die jetzige Haltung Lloyd Georges gegenüber Deutschland angegeben.

Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Herght, hat infolge eines Herzleidens einen sechswöchigen Urlaub angetreten. Seine Vertretung im Parteivorstand wird durch den stellvertretenden Vorsitzenden Geheimen Justizrat Dietrich wahrgenommen.

Recht bezeichnend für die Ernährungslage in Polen ist eine Reihe von Verordnungen, die der neu ernannte polnische Ernährungsminister erlassen hat. Es werden laut Vossischer Zeitung zwei fleischlose Tage eingeführt, ferner ein Verbot des Verkaufes von Delikatessen, Käse, Schinken usw. erlassen. Eine Vereinfachung der Speisekarte in den Gastwirtschaften und ein Standartbrot wurden eingeführt.

Die Verlobung der Prinzessin Margarete von Dänemark, der Tochter des Prinzen Waldemar, mit dem Prinzen René Bourbon, dem Bruder der ehemaligen Kaiserin Zita von Oesterreich, wurde in Kopenhagen bekanntgegeben.

Zwischen dem Heiligen Stuhl und England sind Verhandlungen im Gange, um die Rückkehr der ausgewiesenen Missionare nach den britischen Kolonien zu ermöglichen.

Die spanische Verwaltung in Marokko hat den Bau einer Eisenbahn von Tetuan nach Scheschauen beschlossen.

Mohammedaner und Christen Palästinas sammeln Gelder, um nach dem Auslande Abgesandte ihres Glaubens zu senden, die gegen die jüdische Einwanderung Einspruch erheben sollen. Vorgesehen sind Besuche beim Papst sowie in England, Indien und andern Ländern.

Das ägyptische Unterrichtsministerium hat zwei Schulen geschlossen, weil die Studenten sich weigerten, sie zu besuchen.

Am Freitag wird der amerikanische General Pershing in Neuyork einen Vortrag gegen die deutsche Werbung halten. 50 000 Plätze wurden bereits belegt.

In Washington heißt es, der ehemalige Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin, Myron Herrick, werde als Botschafter nach Paris gehen.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 17. März. (**Der Zunftmeister von Nürnberg.**) Der Katholische Gesellenverein zu Kamen veranstaltet am 1. und 2. Osterfeiertag im Saale des Herrn Dröge, Bahnhofstraße, einen Theaterabend. Es gelangt das fünfaktige Stück „Der Zunftmeister von Nürnberg", ein historisches Schauspiel aus dem 18. Jahrhundert, zur Aufführung. Es behandelt die Kämpfe zwischen Adel und Zünften der damals blühenden Hansastadt Nürnberg und zeigt in packenden Szenen, wie endlich nach langem, erbittertem Ringen die mächtigen Handwerkergilden ihren Sitz in der Stadtverwaltung erhalten. Der Verein hat keine Kosten gescheut, dem Stück die nötige Ausstattung zu verschaffen und sicher wird die Aufführung alle Besucher zufriedenstellen. Näheres wird durch Inserat noch bekanntgegeben.

Kamen, 17. März. **An alle Konzertzither-Spieler** wendet sich eine Anzeige in der heutigen Nummer. Es wird beabsichtigt, den früheren Zither-Verein wieder ins Leben zu rufen und alle perfekten Zitherspieler zu einem Chor zu vereinigen. Die Versammlung findet am Sonntag abend 7½ Uhr bei Jordan, Nordstraße, statt. Wer die Schönheit der Zither-Musik zu würdigen versteht, der kann sich nur darüber freuen, daß auch hier ein Zitherchor sich bilden will, dem die Pflege dieser anheimelnder Hausmusik Bedürfnis ist.

Unser Oberschlesien, ein Buch der Heimat. Im Verlag von Friedrich Andreas Perthes A.-G. in Gotha ist ein kleines Buch erschienen „Unser Oberschlesien, ein Buch der Heimat", das den Abstimmungsberechtigten mit auf den Weg gegeben wird. Im Buchhandel ist es vorläufig nicht erhältlich. Dies Heimatbuch ist eine Werbeschrift, wie sie edler und vornehmer nicht gedacht werden kann. In Wort und Bild schildert sie Oberschlesiens Schönheit, Oberschlesiens Wert an Menschen und Bodenschätzen. Sie erzählt von der Geschichte des Landes, von den Trachten, Bräuchen, Liedern und Sagen seiner Bevölkerung. Ohne politische Schärfe stellt sie die Bedeutung deutscher Kultur für dies von den Polen begehrte reiche Land fest. So wird dieses oberschlesische Heimatbuch zu einem Dokument unserer Gesittung. Nicht umsonst heißt der Leitspruch der kleinen Schrift: „Dem deutschen Oberschlesien ein herzliches Glückauf!" Neben einer großen Anzahl interessantester Photographien, die vorzüglich wiedergegeben sind, finden sich reizvolle Leisten und Ueberschriften von der Hand des in Breslau lebenden oberschlesischen Malers Max Oboy.

Die Kamener Zeitung
ist täglich sofort nach Drucklegung im Bahnhofsrestaurant zu haben.

Nie wiederkehrende Gelegenheit!

Großer. Posten **Damen- u. Herrenstoffe** 145 breit, **reine Wolle,** solange der Vorrat reicht, Mtr. **98.- Mk.**

Große Auswahl in Herren- u. Knaben-Anzügen. Bestellungen nach Maß werden prompt erledigt.

S. Nentwig, Kamen, Weststraße 63.

1288

Ihre heute vollzogene Vermählung geben bekannt:

Ernst Brackelmann

Elfriede Brackelmann

1264 geb. Darenberg.

Bergkamen, den 17. März 1921.

Der eigene Arzt im Viehstalle

ist jeder Landwirt oder Siedler, der das Buch

Des Landwirts Ratgeber in guten u. bösen Tagen

besitzt. Die Ober- und Stabsveterinäre **Dr. Geibel** und **Dr. Magerl** sowie der Pflanzenpathologe **Dr. Gehrmann** geben in dem Werke alle Krankheitsanzeichen und die notwendigen Mittel an, die der Landwirt sofort gebrauchen kann, um sich vor großen Verlusten im Viehstande zu schützen, was besonders wichtig ist, wenn der Tierarzt weit entfernt wohnt. Das gut gebundene Buch ist mit über **100 Abbildungen** und mit **3 farbigen zerlegbaren Modellen** vom Pferd, der Kuh und dem Schwein ausgestattet **360 Seiten stark.**

Anschaffung teurer landw. Werke wird dadurch überflüssig.

Wir sind in der angenehmen Lage, das jedem Landwirt unentbehrliche Buch

an unsere Leser für nur 21,60 Mark

abzugeben, solange der Vorrat reicht.

Es ist von Praktikern klar und leicht verständlich geschrieben und erspart dem Viehbesitzer in dringenden Fällen durch Vermeidung von Schäden Hunderte von Mark. Schönstes Geschenk für jeden Landwirt und Siedler, vorrätig in der Geschäftsstelle der

Kamener Zeitung.

Ungepreßt

wird jeder 1012

Herren- und Damen-Hut

(Stroh und Filz)

in eigener Werkstatt schnell und billig.

Gebr. Keil, Kamen, Bahnhofstraße.

Getragener Gehrock

mit Weste für älteren Herrn und einige 1287

Leinen-Kragen

billigst zu verkaufen.

Ostenmauer 26.

Dunkelblaues Jackenkleid

für mittlere Figur zu verkaufen. 1285

Wo sagt die Geschst.

Reparaturbedürftige Flügel, Pianinos und Harmoniums

jeden Alters werden in unseren Werkstätten innerlich und äußerlich wieder so hergestellt, daß sie jahrzehntelg. d. höchsten Ansprüchen ihres Besitzers genüg.

Carl Ebel & Sohn,

Unna, Pianofortefabrik mit elektr. Antrieb.

Für unsere Arbeiten leisten wir volle Gewähr

Achtung!

Hiermit werden alle perfekten Konzertzitherspieler von Kamen u. Umgegend am Sonntag d. 20. März, im Lokale Wwe. Jordan, Nordstraße, abends 7½ Uhr, zu einer Besprechung eingeladen zwecks wiederbelebung des seit einigen Jahren ruhenden Zithervereins.

Um pünktl. Erscheinen wird gebeten. 1266

Mehrere Zither-Spieler.

Empfehlen:

Ia. grosse Fett-bücklinge	Pfd.	3.50
5 Pfd. Kiste		16.25
Ia. grosse Rollmöpse	Stück	1.30
Ia. Käse	Pfd.	12.75

1294

Gebr. Sirringhaus

Kompl. Küche
Küchenschrank
Kleiderschrank
Bettstellen m. Matr.
Plüschsofa 1291
weißer Herd

preiswert zu verkaufen.

F. Blume,

Schillstraße 5.

Plätterei

mit Maschinenbetrieb billig zu verk. p1258

Wo, sagt die Gesch.

Kinderwagen

zu verkaufen. 1263

Koppelstraße 1,

Stube 7.

Mehrere Anstreicher-Gehülfen

sofort für dauernd gesucht. 1293

Friedrich Feldmann,

Methler bei Kamen.

Anstreicherlehrling

gesucht. 1272

Heinrich Jackentroll

Anstreichermeister,

Kamen

Nordenmauer 29.

Ein Junge

von 14—15 Jahren für kleine Landwirtschaft gesucht. 1295

Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Kam. Zeitung

Anständiges, älteres

Mädchen,

das in Haus- und Gartenarbeit gut erfah. sein muß, für kleinen Haushalt sofort gesucht. Gute Zeugnisse erforderlich. 1253

Näheres in der Geschst.

Zwei anständige junge Leute erhalten 1271

Kost und Logis.

Wo, sagt die Geschst.

Ein

Herrenfahrrad

gegen ein

Damenfahrrad

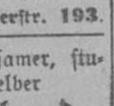
zu vertauschen oder zu verkaufen. p1292

Bahnhofstr. 49.

Ein Hund

(Wolfspitz)

zugelaufen.



Gegen Erstattung der Unkosten abzuholen 1265

Töddinghauserstr. 193.

Ein wachsamer, stubenreiner, gelber

Teckelhund

zu verkaufen 1296

Kaiserau,

Springorumstr. 17.

Die Beleidigung, welche ich gegen Frau Klabber, Bergkamen, ausgesagt, nehme ich, da sie auf Unwahrheit beruht, zurück. 1289

Kliebert.

PIANOS (Staatsmedaille, gold. Ausstellungspreise) Flügel, Harmoniums

unübertroffen an Qualität und Preiswürdigkeit

mit Klangster D.R.G.M. 458 403 2te Fabrik **Berlin S 42**

Roth & Junius

Hof-Piano- u. Flügelfabrik Hagen i. W. Bahnhofstr. 29.

Achtung: Nebenverdienst

Für nur 20 Mk. (in Worten: Zwanzig Mark) zeigen wir Ihnen, wie man mit einem

Betriebskapital von 500 Mark

in einem Jahre

10000 Mark und mehr

verdienen kann. Garantie! Geld zurück.

Interessenten erhalten ausführl. Bescheid durch

ENGEL & Cie., Abt. U. 18, Frankfurt a. M., Nordenstraße 18.

(Auch Frauen und Invaliden können sich melden.)

10 Pfg. Rückporto beilegen. 1267



Fröhliche Ostern!

Ostergruss-Karten

in feinster Ausführung und grosser Auswahl empfiehlt die Buchhandlung von

Buchhandlung d. Kamener Zeitung.

Haben in unserm Garten für immer

† Gift †

gelegt: 1269

Etling,

Hollmann, Klütemeier Kurths, Hirschberger, Neff, Hahn.

Habe in meinem Garten an der Dortstraße Bergkamen für immer

† Gift †

gelegt. 1286

Friedrich Turk.

Da meine Frau mich ohne Grund verlassen hat, warne ich hiermit jeden meiner Frau auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. 1243

August Knaak,

Lünenerstraße 236.

Richtige Steuereinschätzung

spart

Geld und Arbeit.

Für die in diesem Monat abzugebende Einkommensteuer-Erklärung empfehlen wir als zuverlässige und übersichtliche Ratgeber:

Reichs-Einkommensteuer

Gemeinverständliche Anleitung zur Berechnung des Einkommens und der Steuer von

Regierungsrat Karl Ebmeier.

Preis 7 Mark

und 20 Prozent Teuerungszuschlag.

Praktische Steuerkunde

Gemeinverständliche Darstellung sämtlicher gültigen Steuergesetze von

Felix Butze.

Preis 8 Mark

und 20 Prozent Teuerungszuschlag.

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Zwei schwere Eisenbahnunfälle durch Verbrecherhand.

In der Nacht zum Mittwoch sind auf der Strecke Berlin—Frankfurt a. M. zwischen den Stationen Ammendorf und Merseburg zwei Eilgüterzüge kurz nacheinander entgleist und die 10 Meter hohe Böschung hinabgestürzt. Zuerst entgleiste ein von Halle kommender Güterzug und stürzte die Böschung hinab. Ein um diese Zeit von Merseburg kommender Eilgüterzug, der das andere Gleise passierte, kam gleichfalls zur Entgleisung und stürzte ebenfalls die Böschung hinab. Der Zugführer des Güterzuges, Eromann aus Halle, der Lokomotivführer des Eilgüterzuges, sowie ein im letzten Zuge mitgefahrener Viehtreiber wurden sofort getötet. Schwer verletzt wurden sechs Bahnbeamte, die alsbald in die Klinik der Stadt Halle übergeführt wurden. Der Materialschaden ist groß. Der Verkehr auf beiden Gleisen der Strecke ist gestört. Man hofft jedoch, den Verkehr durch Umleitung der Züge aufrecht zu erhalten. Das Unglück ist auf Bahnfrevel zurückzuführen. Verbrecherhände haben an der Unglücksstelle die Schrauben der Eisenbahnschienen gelöst, die dann aus den Schwellen brachen, als die Züge darüber fuhren. Die Nachforschungen nach den Tätern sind eingeleitet worden.

„Der Geist von 1914"

Der „Temps" macht in seinem heutigen Leitaufsatz einige allgemeine Bemerkungen, die besonders für das Rheinland von Interesse sind. Eine Aeußerung der Berliner „Post", man verspüre jetzt wieder in Deutschland etwas von dem Geiste von 1914, veranlaßt das Blatt, die Frage zu stellen, wie es der deutsche Reichskanzler, der nicht der Rechten, sondern dem Zentrum angehöre, wagen könne, zu erklären, die Verantwortlichkeit für den Krieg falle auf die verbündeten Staatsmänner und Diplomaten, darunter auch auf den ehemaligen Präsidenten Poincaré. Habe Fehrenbach, der schon im August 1914 eines der einflußreichsten Mitglieder der Zentrumspartei gewesen sei, etwas unternommen, um den Einfall in Belgien zu verhindern? Er sei als Reichstagspräsident derjenige gewesen, der mit seiner ganzen Autorität die Politik Wilhelms II., die von Ludendorff beaufsichtigt worden sei, unterstützt habe. Schließlich stellt das Blatt die Frage, wie der Geist, der aus dieser Kanzlerrede spreche, mit den Versicherungen, die Dr. Simons in London gegeben habe, bald würden neue Wiederherstellungsvorschläge gemacht werden, in Einklang zu bringen sei.

Das Blatt malt alsdann recht schwarz in bezug auf Oberschlesien und will zu verstehen geben, daß von deutscher Seite ein militärischer Putsch geplant werde. Eschenich habe die Bevölkerung von Niederschlesien unter die Waffen gerufen; die Polen hätten deutsche Truppenansammlungen festgestellt. Der „Temps" will bestimmt erfahren haben, bayerische Truppen seien in die Nachbarschaft der Volksabstimmungsgebiete befördert worden. Die vier englischen Verstärkungsbataillone träfen erst am 17. März in Oberschlesien ein, aber schon seit dem 8. März seien die abstimmungsberechtigten Auswärtswohnenden zum Teil eingetroffen. Der „Temps" verlangt daher Vorsichtsmaßnahmen. Vor allem aber ist es ihm darum zu tun, daß man recht bald noch weitere ertragfähige Pfänder in Deutschland in die Hände bekomme, und verlangt, daß nicht nur die Kontrolle über die Zolleinnahmen, sondern auch über die Bergwerke, über die Wälder, über die Eisenbahnen und die allgemeinen Steuern übernommen würde. Aus den Zolleinnahmen, aus den Bergwerken und aus den Wäldern des besetzten Gebietes erhofft er eine jährliche Einnahme für die Verbündeten von 400 Millionen Goldmark. Aus den Einnahmen der Eisenbahnen und der allgemeinen Steuern erwartet er dagegen vorerst in den ersten zwei oder drei Jahren keinen Nutzen. Die Verbündeten könnten hier ein gutes Beispiel geben, indem sie Neuerungen einführten. Das würde dann später der rheinischen Bevölkerung die Lasten erträglicher machen.

Könnte man nicht, um in dem Gedankengang des Temps zu bleiben, fragen, ob nicht in seinem heutigen Leitaufsatz auch der Geist von 1914 zum Ausdruck komme, oder will er etwa behaupten, daß die Vorschläge, die er heute macht, geeignet sind, die Rheinländer von dem Geist eines wahren Friedens zu überzeugen.

Das englische Budget.

Die Absicht der englischen Regierung, das Budget auf 950 Millionen Pfund herabzudrücken, wird sich nicht verwirklichen lassen. Das Budget dürfte einen Mehraufwand von nahezu 100 Millionen Pfund erfordern, im ganzen vermutlich 1 300 000 000, wobei aber der Betrag für die Rückzahlung der Schulden von 110 Mill. Pfund nicht einbegriffen ist. Erforderlich wären: für die Zivilverwaltung 430 000 000 Pfund, für die konsolidierten Staatsschulden 370 Millionen, für Heerwesen 105 300 000 Pfd., für Luftfahrt 19 Millionen, für Schiffahrt 75 Millionen. Das Staatsbudget zeigt eine Verminderung um 850 435 000 Pfund gegenüber dem Vorjahre, übersteigt aber das Vorkriegsbudget, das 27 845 000 Pfund betrug, um nahezu das Vierfache. Die englischen Streitkräfte werden sich wie folgt verteilen: 140 500 Mann fallen auf das Innere Englands, 18 000 auf Polen und den Rhein, auf das Abstimmungsgebiet 14 200, auf Konstantinopel 9000, auf Aegypten 18 000, auf Palästina 8000, und auf Mesopotamien 77 000.

26 Milliarden Etatsvorschlag für Ausführung des Versailler Diktats.

Im außerordentlichen Haushaltsjahr 1921 wird der Betrag von 26,05 Milliarden Mark für die Ausführung des Friedensvertrages angesetzt. Der größte Teil ist dem Reichsschatzministerium für die Bestreitung der Besatzungslasten zugewiesen. Im einzelnen gibt dieses Ministerium für die interalliierte Rheinlandskommission 108,7 Millionen Mark, für den Unterhalt der interalliierten Besatzungstruppen und Vergütung für Leistungen des Rheinlandes 7 256 Millionen Mark aus. Davon entfallen auf die Markvorschüsse an die Rheinlandskommission sechs Milliarden Mark, für Requisitionsscheine eine Milliarde und für die Verpflegungskosten ¼ Milliarde. Einen weiteren erheblichen Posten bildet die Ausgabe des Reichsschatzministeriums für Grundstückserwerbungen, Neubauten und Umbauten zum Zwecke der Unterbringung der Besatzungstruppen. Hierfür werden rund 757 Millionen, davon allein rund 405 Millionen Mark für Offizierswohnungsbauten nebst deren Ausstattung, ausgeworfen. Denselben Etat fallen zur Last die Kosten für die militärischen und wirtschaftlichen Kommissionen der Entente in Deutschland und 53,3 Millionen Mark für die Aufwendungen für die Entfestigungsarbeiten an den nach dem Friedensvertrag zu schleifenden Festungen an der deutschen Westgrenze und der Nordsee. Für die Auslieferung und Unbrauchbarmachung des Kriegsmaterials und die Rückgabe von Beutegeräten werden 275 Millionen Mark angesetzt. Die Ausführung anderer Vorschriften des Friedensvertrages erfordert gleichfalls erhebliche Mittel. Die Entschädigung für das an die Entente abzuliefernde Hafenmaterial beläuft sich im Rechnungsjahr 1921 auf 200 Millionen Mark, für die Rückgabe aus Frankreich und Belgien weggeführter Gegenstände und für die Wiederherstellung der Bibliothek in Löwen sind 35 Millionen Mark angesetzt. Das Reichswehrministerium erhält aus den Mitteln des außerordentlichen Etats 114 Millionen Mark für Minen-Räumungsarbeiten, das Ministerium des Innern 202,7 Millionen Mark, für Flüchtlings- und Gefangenenfürsorge und die Abwicklung von Verpflichtungen, die sich aus der Abtretung Elsaß-Lothringens ergeben haben.

Briefkasten.

B. E. 100. Sie werden den Stoff kaum wieder ganz glatt bekommen. Versuchen Sie es mit Aufweichen und Spannen bis zum Trockenwerden. Nötigenfalls müssen Sie sich an einen Schneider wenden, der durch seine schweren Eisen doch noch etwas Erfolg haben dürfte. Das Kraus- und Faltig-Werden des Stoffes beim Färben kommt daher, daß Sie zu wenig Färbeflüssigkeit gemacht haben. Diese muß so reichlich sein, daß der Stoff ordentlich schwimmt und nicht zusammengedrückt zu werden braucht.